

# Große Demonstration am Antikriegstag, 1. September 2024 in Stuttgart

Beginn 15 Uhr, Lautenschlagerstraße – Veranstalter: Palästinakomitee Stuttgart

## Stoppt den genozidalen Krieg in Gaza – Stopp Arming Israel

### Keine militärische Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit dem siedlerkolonialistischen Apartheidstaat

Der 1. September als Antikriegstag erinnert an den Überfall der deutschen Armee auf Polen, mit dem die deutsche Naziführung im Jahr 1939 den 2. Weltkrieg begonnen hat. Erstmals demonstrierten nach der Befreiung vom Nazifaschismus am Jahrestag des 1. Septembers 1957 gewerkschaftliche und sozialistische Kräfte, die sich damit gegen das Wiedererstarken des Militarismus in der Bundesrepublik wehrten. Der 1. September als Antikriegstag wurde zu einem wichtigen Datum für die antimilitaristische Bewegung in der Bundesrepublik.

2024 sind wir mit dem schon seit fast 11 Monaten andauernden israelischen Krieg in Gaza konfrontiert. Bei diesem Krieg handelt es sich, laut UN, um das militärische Vorgehen mit der größten zerstörerischen Gewalt seit dem 2. Weltkrieg und um eines der blutigsten des 21. Jahrhunderts selbst nach der Sicht israelischer Wissenschaftler:innen. Registriert sind mehr als 40.000 Tote, mindestens 10.000 Tote, die noch unter den Trümmern der Häuser begraben sind, müssen wir dazu rechnen. Die übergroße Mehrzahl sind Frauen und Kinder.

Fast die gesamte Zivilbevölkerung Gazas befindet sich ständig auf der Flucht vor der israelischen Bombardierung. Fast alle sind von Mangelernährung bedroht. Ein Großteil der Gebäude und der Infrastruktur sind zerstört, die Mehrzahl der Krankenhäuser ist so stark beschädigt, dass sie nicht mehr arbeiten können.

**Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk kommentierte am 15. August 2024: „Diese unvorstellbare Situation ist in erster Linie auf die wiederholten Verstöße der israelischen Streitkräfte gegen die Regeln des Krieges zurückzuführen... Das Ausmaß der Zerstörung von Häusern, Krankenhäusern, Schulen und Gebetsstätten durch das israelische Militär ist zutiefst schockierend.“**



Das ist eine Kriegsführung, die nichts mit Selbstverteidigung zu tun hat, wie sie beispielsweise der DGB in seinem bundesweiten Aufruf zum diesjährigen Antikriegstag dem Staat Israel zuspricht.

Hinter dem Vorgehen der israelischen Armee steht eine israelische Regierung, in der ultrarechte Kräfte einen zentralen Einfluss haben. Schon von Anfang an sprachen die führenden israelischen Politiker:in-

nen deutlich von einem Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, von einer Nakba 2.0, einer ethnischen Säuberung wie im Jahr 1948. Kriegsmi-  
nister Yoav Gallant nannte die Bevölkerung von Gaza „menschliche Tiere“, denen er Lebensmittel, Wasser und Treibstoff verweigern werde. Und Präsi-  
dent Isaac Herzog wollte gegen die gesamte Bevölke-  
rung des Gazastreifens Krieg führen.

**Auch jetzt noch kann Ministerpräsident Ne-  
tanjahu vor dem US-Kongress mit der Be-  
schwörung eines angeblichen „Zusammen-  
pralls der Kulturen“ für die Ausweitung des  
Krieges auf den Libanon und Iran trommeln.  
Derweil arbeitet der israelische Finanzminis-  
ter Bezalel Smotrich auf die von ihm ange-  
strebte vollständige Annexion der Westbank  
hin und befürwortet in Gaza ganz offen das  
Aushungern der Zivilbevölkerung.**

**In der Westbank hat der Staat Israel seit dem  
7. Oktober mehr als 630 palästinensische Zi-  
vilist:innen getötet, darunter sind 147 Kin-  
der. Diese ultrarechte Regierung ist das Pro-  
dukt von 76 Jahren siedlerkolonialistischer  
israelischer Herrschaft in Palästina, die die  
Palästinenser:innen im gesamten histori-  
schen Mandatsgebiet einem Apartheidregime  
unterworfen hat.**

Vor allem auf die Initiative des von der Apartheid-  
herrschaft befreiten Südafrikas hin, haben internati-  
onale Gerichte juristische Verpflichtungen für Regie-  
rungen und führende Politiker geschaffen. Der Inter-  
nationale Gerichtshof der UN hat am 26. Januar  
2024 die Klage Südafrikas gegen das genozidale isra-  
elische Vorgehen angenommen und Vorgaben erlas-  
sen, die bindend sind und sofort umgesetzt werden  
müssen. Die Entscheidung des Gerichts verpflichten  
die Unterzeichnerstaaten der Konvention gegen Völ-  
kermord, und damit die Bundesregierung, alles zu  
tun, um einen Genozid zu verhindern.

Weitere Schritte internationaler Gerichte folgten:  
Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanja-  
hu und sein Kriegsminister Yoav Gallant sehen sich  
beispielsweise seit Mai mit einem Haftbefehl des In-  
ternationalen Strafgerichtshofs konfrontiert, den  
Chefankläger Karim Khan wegen der israelischen  
Kriegführung im Gazastreifen eingefordert hat. Ein  
im Juni veröffentlichter Untersuchungsbericht einer  
unabhängigen internationalen UN-Kommission  
wirft der israelischen Armee vor, mit Absicht  
Zivilist:innen anzugreifen, größtmöglichen Schaden  
anzurichten und bewusst internationales Recht zu  
missachten.

Deutschland und die deutsche Regierung sind we-  
sentlich mit verantwortlich für die Fortsetzung des  
genozidalen Krieges gegen die palästinensische Be-  
völkerung. Mit einem Anteil von 47 % der Waffenlie-  
ferungen ist Deutschland nach den USA der zweit-  
größte Lieferant von Rüstungsgerät an den Staat Is-  
rael im Jahr 2023 und die militärische Zusammen-  
arbeit von BRD und Staat Israel ist eng. Doch anstatt  
sich an Menschen – und Völkerrecht zu halten, er-  
klärt Kanzler Scholz im Sommerinterview mit Jour-  
nalist:innen die Fortsetzung der Waffenlieferung an  
die israelische Regierung und Armee, die offensicht-  
lich schwere Kriegsverbrechen verübt. Und wer sich  
in Deutschland angesichts des Genozids für den Ab-  
bruch der Beziehungen deutscher Universitäten mit  
israelischen Waffenproduzent:innen und israeli-  
schen Institutionen einsetzt, die der israelischen Ar-  
mee zuarbeiten, sieht sich mit massiven Repressio-  
nen konfrontiert. Ausgerechnet die Bundesregie-  
rung, die politische Führung eines Landes, von dem  
im 20. Jahrhundert, mehrere Genozide ausgingen,  
unterstützt die israelische Regierung weiterhin in  
ihrem genozidalen Vorgehen. Die internationale Em-  
pörung darüber ist groß, unter anderem in Namibia,  
wo die Nachkommen der Opfer des ersten Genozids  
an den Herero und Nama von 1904 bis 1908 leben.  
Es ist höchste Zeit, den Druck aus der Zivilbevölke-  
rung auf die führenden deutschen Politiker:innen zu  
verstärken.

**Schließt euch dem Protest gegen die Unterstützung des genozidalen Krieges der  
israelischen Armee im Gazastreifen durch die Bundesrepublik an!  
Macht Druck, damit Waffenlieferungen und militärische Zusammenarbeit mit der  
israelischen Armee gestoppt werden !  
Wir werden uns nach der Demonstration um 17 Uhr der Kundgebung von DGB und  
VVN am Mahnmahl anschließen.**